



Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 16.09.2015

zu Ltg.-469-1/A-3/35-2014

-Ausschuss

Präsident des NÖ Landtages
Ing. Johann Penz
Landtagspräsident

Bürgerservice-Telefon 02742-9005-9005

In Verwaltungsfragen für Sie da. Natürlich auch außerhalb
der Amtsstunden: Mo-Fr 07:00-19:00, Sa 07:00-14:00 Uhr

WST3-A-683/080-2014

Beilagen

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Bezug	Bearbeiter	(0 27 42) 9005	Durchwahl	Datum
Ltg.-469-1/A-3/35-2014 (miterl. Ltg.-469/A-3/35-2014)	Mag. Bartmann	16110		15. September 2015

Betrifft

Resolution des NÖ Landtages "Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland" – Bericht
an den Landtag

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 20.11.2014, Ltg. 469-1/A-3/35-2015 (miterledigt Ltg.-469/A-3/35-2014), wird folgender Bericht abgegeben:

1) Mit Beschluss der Niederösterreichischen Landesregierung vom 28.10.2014 wurde die Fortführung und Finanzierung des Regionalförderprogramms „Internationalisierung 2015-2020“ beschlossen. Im Vergleich zu den Vorjahren wurde das Budget um rd. 10 % erhöht, was die Bearbeitung neuer/zusätzlicher Märkte ermöglicht.

2) Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich ist die NÖ Landesregierung an die Bundesregierung, zu Händen des Herrn Bundeskanzlers, herangetreten.

Das Bundeskanzleramt verwies auf die Stellungnahme des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft hat mit Schreiben vom 4.3.2015, GZ. BMWFW-10.241/0009-IM/a/2015, Folgendes festgehalten:

„Im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (EU) trägt Österreich die restriktiven Maßnahmen der EU gegenüber der Russischen Föderation mit. Österreich konnte – nicht zuletzt auf Initiative des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW) – bei der konkreten Ausgestaltung der Sanktionen erreichen, dass die direkte Betroffenheit für die österreichische Wirtschaft nur in einem relativ geringen Ausmaß gegeben ist, wie die im Auftrag meines Ressorts seitens des WIFO im Dezember 2014 erstellte Studie über „Makroökonomische Effekte des Handelskonfliktes zwischen der EU und Russland“ zeigt.

Das Ressort wird sich auch weiterhin für eine möglichst friktionsfreie Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland einsetzen. So erfolgt auch abhängig von den weiteren Entwicklungen vor Ort in regelmäßigen Abständen eine Neubeurteilung der Maßnahmen durch die Europäische Kommission sowie die Mitgliedstaaten.

Zur Abfederung negativer Effekte auf österreichische Unternehmen, die von den EU-Sanktionen gegenüber Russland bzw. von den russischen Gegenmaßnahmen betroffen sind, hat die Bundesregierung unter Federführung des BMWFW bereits im September 2014 – als Vorreiter innerhalb der EU – ein Maßnahmenpaket beschlossen.

Dieses Paket enthält insbesondere eine Aufstockung der Internationalisierungsoffensive „go international“ des BMWFW und der Wirtschaftskammer Österreich um insgesamt € 2,5 Mio. Die Intention dieser Maßnahmen liegt darin, österreichische Unternehmen, die nach Russland und in die Ukraine exportieren, bei der Suche nach und Erschließung von Ersatz- und Ausweichmärkten zu unterstützen. Dazu wurde ein neuer Cluster mit der Bezeichnung „Turning Crisis into Opportunity“ eingerichtet; dessen Schwerpunkte sind:

- Messen, Kompetenz- und Imageauftritte zu Sonderkonditionen;
- Inlandsveranstaltungen in Form von Marktplätzen, Incoming Missions und Informationsveranstaltungen;
- Veranstaltungen im Ausland mit der Ausrichtung MegaMärkte und größere Exportmärkte wie BICS+, NAFTA, ASEAN
- Programmkommunikation, Informationsaktivitäten und ad hoc-Unterstützungsmaßnahmen.

Weiters werden – um eine Gefährdung österreichischer Unternehmen zu vermeiden und um eine Neuausrichtung der betroffenen Unternehmen zu ermöglichen – die Garantieinstrumente der Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) verstärkt eingesetzt. In diesem Zusammenhang werden die Garantiekonditionen verbessert, wird ein neues Programm „Garantien für Überbrückungsfinanzierungen“ gestartet und kann zusätzlich durch ERP-Kredite rasch Liquidität zur Verfügung gestellt werden. Mit den Überbrückungsgarantien können zum Beispiel alternative Kundenaufträge in neuen Märkten vorfinanziert werden. Das verfügbare Garantievolumen umfasst € 100 Mio. Die aws erwartet, dass damit bei Bedarf mehr als 100 Unternehmen unterstützt werden können, indem durch die Bundesgarantie Bankenkredite von insgesamt € 125 Mio. ermöglicht bzw. besichert werden können. Wenn Bedarf besteht, kann sich das BNWW für eine Ausweitung dieses Haftungsrahmens einsetzen.“

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
LR Dr. Petra Bohuslav
Landesrätin